

Fuldaer Zeitung

Gegründet 1874

Ausgabe vom 16. September 2020

Vertretbare Lösung?

PRO & CONTRA

Die Bundesregierung will Griechenland durch die Aufnahme von 1553 anerkannten Flüchtlingen entlasten. Während es gegen die Pläne Vorbehalte nicht nur in der Union gibt, reicht den Grünen der Schritt bei Weitem nicht aus.



Thorsten Frei, stellvertretender Vorsitzende der Unionsfraktion im Bundestag, sieht in der Aufnahme von rund 400 als schutzbedürftig anerkannten Familien einen „vertretbaren Vorschlag“.



Ohne Frage brauchen die Menschen in Moria schnelle Unterstützung. Deutschland ist dazu bereit.

Neben finanziellen Mitteln können wir binnen weniger Tage mit dem gesamten Arsenal der Katastrophenhilfe vor Ort helfen. Darüber hinaus möchten wir Griechenland anbieten, rund 400 Familien aufzunehmen, die sich derzeit noch auf den Inseln befinden und in einem Asylverfahren als schutzbedürftig anerkannt wurden. Ob Griechenland Migranten umsiedeln möchte, ist derzeit ungewiss.

Unser Angebot basiert mit der Aufnahme von schutzbedürftigen Familien auf klaren Kriterien. Es sendet

deshalb nicht das Signal aus „Der Weg nach Deutschland ist frei“ und dämpft die mit jeder Umsiedlung verbundene Magnetwirkung auf Migranten – den sogenannten Pull-Effekt – ein.

Die unterschiedslose Aufnahme von Migranten aus Moria, wie die SPD und die Grünen sie fordern, lehnen wir unverändert ab. Deutschland kann das europäische Migrationsproblem nicht allein lösen.

Eine unterschiedslose Aufnahme von mehreren tausend Migranten im deutschen Alleingang würde alle Bemühungen um ein gemeinsames europäisches Asylsystem zunichtemachen und schon mittelfristig für ein neues Moria in Griechenland sorgen.



Katrin Göring-Eckardt, Fraktionsvorsitzende der Grünen im Bundestag, kritisiert die Aufnahme von 1553 Flüchtlingen aus Griechenland als unzureichend; dies sei nur ein „Alibi-Angebot“ der Regierung.



Ich freue mich für jeden Menschen, der diesen katastrophalen Umständen entkommen kann. Aber die Aufnahme von 400

Familien, die bereits positive Asylentscheidungen haben, ist ein Alibi-Angebot. Zumal die Aufnahme nicht nur für Lesbos, sondern für alle griechischen Inseln zusammen gelten soll. Allein auf Lesbos leben aber über 4000 Kinder mit ihren Familien unter menschenunwürdigen Bedingungen. Genau diese Art von Scheinangeboten führt dazu, dass Griechenland der Unterstützung der EU nicht vertrauen kann und befürchten muss am Ende wieder alleine mit den Geflüchteten dazustehen. Es reicht nicht, sich ein paar po-

sitiv beschiedene Familien rauszupicken. Um signifikant Druck aus der Lage vor Ort zu nehmen, fordern wir eine schnelle Aufnahme von 5000 Menschen.

Deutschland und die Europäische Union können sich nicht der Verantwortung für bestimmte Gruppen von Schutzsuchenden entziehen. Die Geflüchteten auf den griechischen Inseln sind europäische Flüchtlinge. Und zwar von Anfang bis Ende: Von der Aufnahme bis zu einer möglichen Rückführung.

Deshalb braucht es neben der kurzfristigen Hilfe für die Menschen in Not auch eine langfristige verlässliche Perspektive für eine wieder menschenwürdige europäische Flüchtlingspolitik.